DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 15. Landesparteitages

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.87. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung in Zeile 1848 - 1852:

„Zugleich wollen wir sicherstellen, dass das neue Prostituiertenschutzgesetz von den Kommunen umgesetzt wird, damit Sexarbeiter*innen nicht weiter in die Illegalität gedrängt werden. Vorgeschriebene Untersuchungen sind kostenfrei anzubieten und der Schutz und die Vertraulichkeit der Daten der Frauen* ist zu garantieren. Unser Ziel dabei ist, Prostituierte zu schützen – nicht die Prostitution."

Begründung:

Die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes führt eher zu Verdrängung von Sexarbeiter_innen in die Illegalität, als dass es diese Entwicklungen verhindern würde und geht für diese Menschen mit vielen Pflichten und einem hohen Ausmaß an Überwachung einher, jedenfalls hat es nichts mit kommunaler Gleichstellungsarbeit zu tun. Darüber hinaus gibt es so etwas wie 'vorgeschriebene Untersuchungen' derzeit nicht (oder sind da die Anmeldungen gemeint?), lediglich kostenpflichtige Gesundheitsberatungen. Wir halten es für falsch, dass sich im Landtagswahlprogramm lediglich positiv auf dieses sehr umstrittene und kritikwürdige Gesetz bezogen wird und plädieren daher dafür, lieber keine Aussage zu treffen. Eigentlich sollte das ProstSchG von der LINKEN komplett abgelehnt werden, da es in der Ausführung seinen Schutzcharakter verfehlt.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____